

## NACHRICHTEN

## Elf Soldaten bei Angriff in Mali getötet

Bamako. In Mali sind mindestens elf Soldaten bei einem Angriff mutmaßlicher Dschihadisten getötet worden. Der Militärstützpunkt in der Stadt Guiré im Zentrum des Landes sei am frühen Sonntagmorgen überfallen worden, teilte das Verteidigungsministerium des westafrikanischen Krisenstaates mit. Mehrere Soldaten wurden demnach verletzt. Die Armee schickte Verstärkung in die Region. In Mali werden einheimische wie ausländische Soldaten immer wieder Ziel von Attacken. Erst am Samstag war bei einem Sprengstoff-Anschlag im Zentrum des Landes ein UN-Blauhelmsoldat getötet worden. Vier weitere wurden verletzt. *AFP/nd*

## Sechs Festnahmen im Fall Kemal Kilicdaroglu

Istanbul. Nach einem Angriff auf den türkischen Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu hat die Polizei sechs Verdächtige festgenommen, darunter auch ein Mitglied der regierenden AKP von Präsident Recep Tayyip Erdogan. Der Hauptverdächtige wurde in der anatolischen Stadt Sivrihisar festgenommen und in die Hauptstadt Ankara gebracht. Die AKP teilte mit, gegen das Parteimitglied sei ein Ausschlussverfahren eingeleitet worden. Die fünf anderen Verdächtigen wurden am Montag bereits in einer Polizeiwache in Cubuk, einem Vorort von Ankara, befragt, wie die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu meldete. Kilicdaroglu, der Chef der Republikanischen Volkspartei (CHP) ist, war am Sonntag auf der Beerdigung eines Soldaten in Cubuk von einer Menschenmenge attackiert worden. *AFP/nd*

## WETTER



Zwischen Hoch Leonore über Osteuropa und tiefem Druck über dem Westen und Norden des Kontinents weht mit südlichen Winden warme Luft in Richtung südliches Mitteleuropa. In Deutschland zeigt sich immer wieder die Sonne. Stellenweise gibt es aber auch Schauer und Gewitter. Die Temperaturen liegen am Morgen bei zehn bis sieben Grad. Am Tage pendeln sich die Werte bei 13 bis 25 Grad ein. Der Wind weht mit zuweilen stürmischen Böen aus östlichen Richtungen. In Berlin-Brandenburg gewinnt Sonnenschein am Morgen schnell die Oberhand. Dabei steigen die Werte von morgens neun im Tagesverlauf auf 19 Grad. Der Wind weht mäßig aus Ost. In der Nacht fallen die Temperaturen auf Werte bis zehn Grad. Dazu klar es vielerorts auf, hin und wieder gibt es jedoch Schauer. *Qmet*

Grafik: TheNounProject/Milinda Courney

## ANZEIGE

**BULGARISCHE RIVIERA**

INFO/BUCHUNG  
030/2978-1620  
5-Sterne-  
Urlaub Deluxe

**Termin:** 09.09. – 16.09.2019

**p. P. im DZ** € 899,-  
Einzelzimmerzuschlag € 240,-

**Leistungen:**

- Flug ab/bis Berlin-Tegel nach Varna
- Hin- und Rücktransfer vom Flughafen in Varna
- 7 x Ü im 5-Sterne Maritim Hotel Paradise Blue Albena im Zimmer der Deluxe Kategorie inkl. Maritim Frühstücksbuffet

- 7 x Abendessen vom Buffet
- Begrüßungscocktail mit der Hoteldirektion
- Halbtagesausflug zur Sommerresidenz der ehemaligen Königin und Besuch des Kap Kalikera
- Halbtagesausflug zum Kloster Aladscha und Varna mit Weinprobe
- Sonnenschirm und Liege am Strand und Pool
- Nutzung von Schwimmbad, Fitnessraum, Sauna und Relaxzone

Ausführliche Information: nd-Leserreisen, Frank Diekert, F.-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Fax 030/2978-1650 · leserreisen@nd-online.de, www.nd-leserreisen.de

## Ostern in Syrien im Zeichen des Mangels

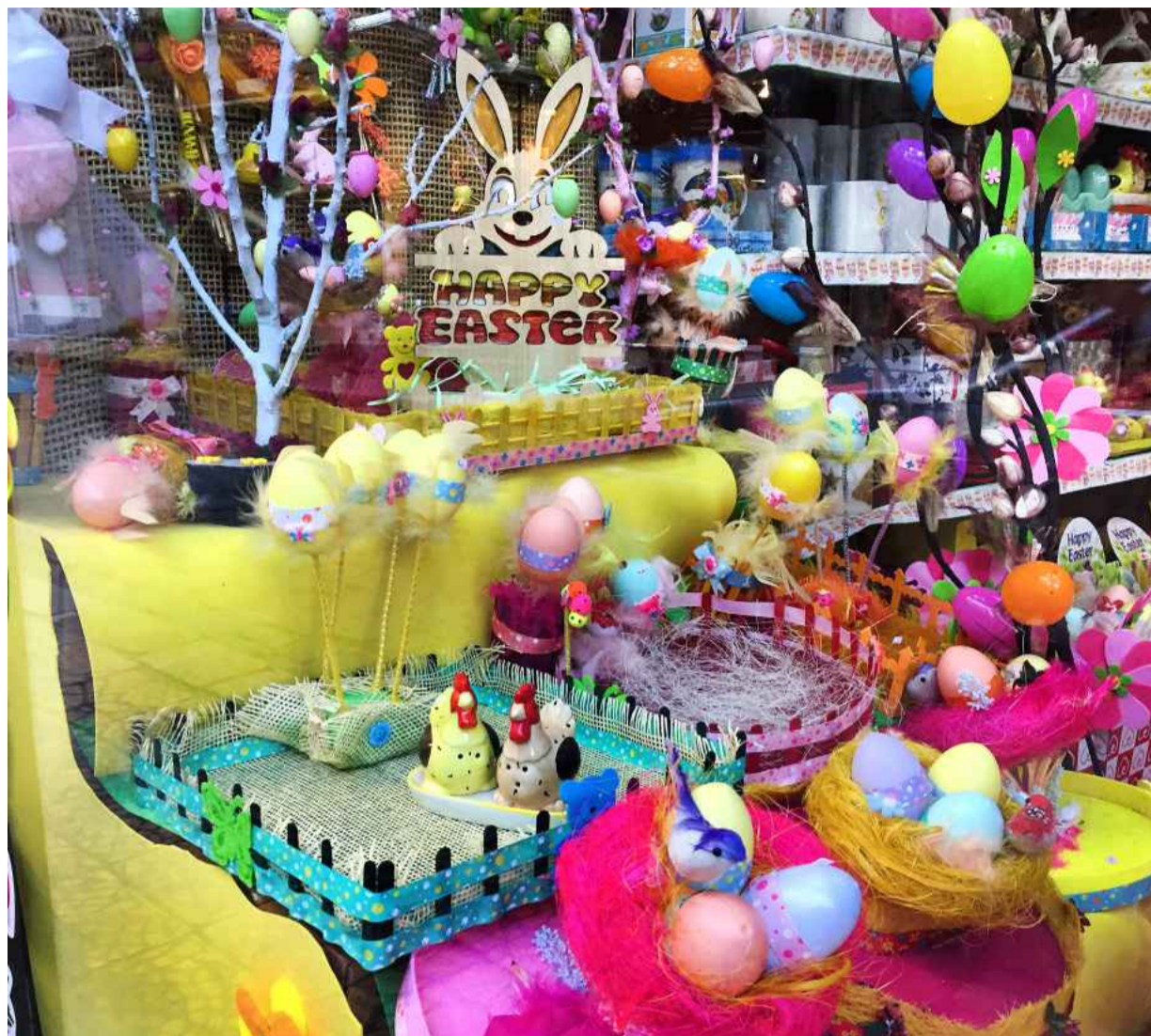
Der Weg in die Kirchen wird durch Benzinknappheit und hohe Transportpreise wegen des Ölembargos erschwert

**Papst Franziskus hat an Ostern unter anderem ein Ende des Kriegs in Syrien gefordert. In Syrien selbst wurde das Fest zwischen Ölembargo und Sanktionen begangen.**

Von Karin Leukefeld, Damaskus

»So lange die Christen fasten, bleibt das Wetter kalt«, sagt ein syrisches Sprichwort. Gemeint ist die Fastenzeit vor Ostern und in diesem April ist es an den Ostertagen tatsächlich sehr kalt und regnerisch. In Slunfe, im Küstengebirge bei Latakia, in Sweida im Süden des Landes, im Luftkurort Bludan im Antilibanon schneit es am Ostersonntag und die Gebirgspassage, die in die libanesische Hauptstadt Beirut führt, wird in der Osternacht wegen Schneefalls geschlossen.

Mit Stiefeln, warmen Pullovern und Steppjacken trotzen die Christen der Osterkälte, die Kirchen in Aleppo, in Homs, im Tal der Christen, Maalula und in Damaskus sind voll. In der christlichen Altstadt von Damaskus, zwischen Bab Touma, dem Thomastor, und dem Ostor, Bab Scharki, beginnen die Osterfeierlichkeiten am Abend des Gründonnerstags traditionell mit dem Besuch von sieben Kirchen. Dicht drängen sich die Menschen durch die engen Gassen und spazieren von einer Kirche zur nächsten, wo sie auf den Kirchenbänken eng zusammenrücken, den liturgischen Gebeten lauschen, das Abendmahl feiern und der traditionellen Fußwaschung zusehen. Die Gesichter sind ernst, die Stimmung ist andächtig und feierlich, doch draußen, auf den Höfen vor den Gotteshäusern herrscht reges Treiben. Nachbarn und Freunde begrüßen sich, Kinder toben aufgeregt herum, die Jugendlichen der Gemeinden bereiten sich auf ihren Einsatz mit Pauken, Trommeln und Trompeten vor. An den Eingangstoren stehen Jungen und Mädchen in schmucken Uniformen, die an Pfadfinder erinnern. Auf den Blusen und Hemden sind die Abzeichen der jeweiligen Gemeinde aufgenäht und eine kleine, schmale syrische Nationalfahne. Die jungen Leute verteilen an die Gläubigen kleine Heiligenbildchen, die Besucher



In Damaskus ist Ostern an vielen Ecken und in vielen Läden präsent.

Foto: Karin Leukefeld

werfen eine Spende in die bereitgestellte Spendenbox.

Am Abend des Karfreitag veranstalten die Jugendgruppen aller Kirchen eine lange Trauerprozession, bei der ihre Instrumente zum Einsatz kommen. Sie tragen Fackeln und Kreuze und zur Erinnerung an den Tod Jesu einen symbolischen Sarg. 24 Stunden später, am Abend des Ostermorgens, werden in Erwartung der guten Nachricht von der Auferstehung Blumen verteilt. Am frühen Morgen des Ostersonntags wird in der Messe die Auferstehung verkündet. Der Rest des Tages und der Ostermontag gehört den Familien.

Offizielle Besucher von Moscheen und Regierung überbringen vor den Kameras der syrischen Presse den Ordensträgern der verschiedenen Gemeinden Glückwünsche zum Osterfest, Tee und Gebäck wird gereicht. Ausschnitte der Osteransprachen werden über einen religiösen Fernsehsender übertragen. Er halte die Osterpredigt traditionell in armenischer Sprache, sagt Bischof Armash Nalbandian von der Armenisch-Orthodoxen Gemeinde. Weil sie aber im Fernsehen übertragen werde, habe er die Rede auch auf Arabisch vorbereitet.

Die Fahrt zu den Osterfeiern in der Altstadt von Damaskus ist nicht ein-

fach. Viele Gläubige wohnen in Vierteln außerhalb des Zentrums, müssen aber den eigenen Wagen stehen lassen, weil sie kein Benzin haben. Sie teilen sich ein Taxi oder nehmen einen Minibus, doch beide Transportmittel sind aufgrund der Benzinknappheit nicht so häufig unterwegs wie gewohnt. Die Minibusse sind an einen staatlich festgelegten Fahrpreis gebunden, doch die Taxifahrer versuchen, den Preis in die Höhe zu treiben.

Ostern ist ein staatliches Fest in Syrien, Ministerien, Schulen und Universitäten bleiben geschlossen. In diesem Jahr begannen die Ferien

schon einen Tag vor Gründonnerstag am 17. April, dem Syrischen Unabhängigkeitstag. Er erinnert an den Abzug der französischen Mandatsmacht am 17. April 1946.

Trotz Unabhängigkeitsfeier und Ostern – bei den Syrern überwiegt die Sorge um ihre wirtschaftliche Zukunft. Verantwortlich sind die EU-Sanktionen, die den Wiederaufbau verhindern, und ein Ölembargo der US-Administration.

Die syrischen Öl- und Gasressourcen östlich des Euphrat sind von US-Truppen und mit ihnen verbündeten Kämpfern der Syrischen Demokratischen Kräfte besetzt, Lieferungen an die Regierung in Damaskus werden blockiert. Das Ölembargo richtet sich gegen Iran und Syrien. Seit Anfang des Jahres konnte kein iranischer Öltan-

*Viele Gläubige wohnen in Vierteln außerhalb des Zentrums, müssen aber den eigenen Wagen stehen lassen, weil sie kein Benzin haben.*

ker einen syrischen Hafen erreichen, um seine Ladung zu löschen. Die Öl-Exporte Irans sollen »auf Null« gedrückt werden, wie es in Washington heißt. Und kein Öl soll an die syrische Regierung oder Regierungseinrichtungen gelangen, um »maximalen Druck« auf die Regierung von Präsident Assad auszuüben. Mit Sanktionen bedroht das US-Finanzministerium »Reedereien, Schiffsbesitzer, Manager, Kapitäne, Versicherer und Finanzinstitutionen«, die mit Iran und Syrien Geschäfte machen. Auch wer »in irgendeiner Weise Geldtransfer, Logistik oder Versicherung« für Öllieferung an Syrien bereitstellt, kann bestraft werden. Ziel sei, »das Assad-Regime und seine Unterstützer vom globalen Finanz- und Handelssystem abzutrennen«, heißt es in der Verfügung des US-Finanzministeriums, die am 25. März 2019 veröffentlicht wurde. Getroffen wird insbesondere die syrische Bevölkerung.

## Straffreiheit für Kriegsverbrecher

Der Plan einer Generalamnestie erregt in Guatemala die Gemüter

**In Guatemala wollen konservative Abgeordnete sämtliche Bürgerkriegsverbrechen straffrei stellen – hätten sie Erfolg, kämen selbst schon verurteilte Kriegsverbrecher wieder auf freien Fuß.**

Von Martin Reichke

In Guatemala sorgt eine mögliche Reform des Nationalen Versöhnungs-

gesetzes für Diskussionen. Bisher sieht das aktuelle Gesetz, das wenige Tage vor der Unterzeichnung der Friedensverträge im Dezember 1996 verabschiedet wurde, bereits eine Amnestie für Mitglieder des Militärs und der aufständischen Guerilla vor, die am Bürgerkrieg beteiligt waren. Davon ausgenommen sind allerdings Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord. In den vergangenen Jahren sind schon mehr als 40 Militärangehörige sowie ein ehemaliger Guerilla-Kämpfer für diese Verbrechen verurteilt worden, viele weitere Prozesse laufen noch.

Laut der neuen Gesetzesinitiative, die von einer Gruppe von Abgeordneten um den konservativen Parlamentarier Fernando Linares Beltrana präsentiert wurde, sollen künftig sämtliche Bürgerkriegsverbrechen unter die Amnestie fallen – auch Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Würde das Gesetz verabschiedet werden, müssten noch laufende Prozesse gegen mögliche Kriegsverbrecher eingestellt werden, selbst die Strafen für bereits verurteilte Kriegsverbrecher würden rückwirkend aufgehoben und die Täter aus dem Gefängnis entlassen.

»Das Thema interessiert sehr viele Abgeordnete, da die Mehrheit von ihnen Parteien angehört, in denen Ex-Militärs den Ton angeben«, sagt Manfredo Marroquín, der frühere Direktor der Nicht-Regierungsorganisation Acción Ciudadana, die gegen Korruption und für eine transparente, demokratische Gesellschaft in Guatemala eintritt. Für Marroquín ist es kein Zufall, dass das Thema jetzt – wenige Monate vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juni – auf die Tagesordnung kommt: »Durch die

Wahlen könnten sich die Mehrheitsverhältnisse im Kongress verändern, also versuchen die Abgeordneten ihre Agenda der Straflosigkeit noch durchzusetzen in der kurzen Zeit, die ihnen bleibt.« Marroquín selbst tritt bei den Wahlen im Juni als Präsidentschaftskandidat der kleinen Partei Encuentro por Guatemala an.

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen in Guatemala lehnen den Gesetzesvorstoß für eine Generalamnestie der Bürgerkriegsverbrechen vehement ab. »Der Vorschlag stellt eine ernsthafte Bedrohung für das

*»Das Thema Amnestie interessiert sehr viele Abgeordnete, da die Mehrheit von ihnen Parteien angehört, in denen Ex-Militärs den Ton angeben.«*

Manfredo Marroquín

Recht tausender Bürgerkriegsopfer auf Wahrheit und Gerechtigkeit dar«, erklärt Erika Guevara Rosas, die Amerika-Direktorin von Amnesty International, in einer offiziellen Mitteilung der Organisation. Sollte das Gesetz tatsächlich verabschiedet werden, wäre es nach Meinung vieler Experten verfassungswidrig, da es gegen internationale Vereinbarungen und Verträge verstieße. Laut internationalem Recht sind Delikte wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Genozid nicht amnestierbar.

Das Nachbarland El Salvador kämpft mit ganz ähnlichen Problemen. 1993 verabschiedete das dortige

Parlament eine Generalamnestie für alle am Bürgerkrieg beteiligten Personen. 2016 erklärte das Verfassungsgericht die Amnestie für verfassungswidrig und forderte die Abgeordneten auf, ein neues Gesetz auszuarbeiten. Einen solchen Vorschlag hat nun vor einigen Wochen der konservative Abgeordnete Rodolfo Parker vorgelegt. Doch es gibt einen Haken: Der Vorschlag ähnelt in vielem der Generalamnestie von 1993, da er keine Möglichkeit zur strafrechtlichen Verurteilung der Täter vorsieht. Parker selbst ist bei dem Thema keineswegs unabhängig: Der Bericht der Wahrheitskommission zu den im Bürgerkrieg begangenen Verbrechen beschuldigt ihn, das Massaker an sechs jesuitischen Priestern vertuscht zu haben, eines der bekanntesten Verbrechen des Bürgerkriegs in El Salvador. »Rodolfo Parker ist Richter und Täter zugleich – so etwas wäre überall auf der Welt verfassungswidrig«, sagt Marco Pérez Navarrete von der Heinrich-Böll-Stiftung in El Salvador.

Auch die noch bis Ende Mai regierende Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), die Partei der linken Ex-Guerilla, hat das Thema vernachlässigt. Ein Gesetzesvorschlag zur Wiedergutmachung von Bürgerkriegsverbrechen, den Opferverbände ausgearbeitet hatten, verschwand über Monate hinweg in der Schublade. Ähnlich wie in Guatemala versuchen nun frühere Kriegsverbrecher jegliche Möglichkeit zu verhindern, dass es noch Gerechtigkeit für die Opfer geben könnte. »Sie sprechen davon, die alten Wunden nicht wieder zu öffnen, wo doch längst klar ist, dass diese Wunden niemals verheilt sind«, sagt Pérez Navarrete.

## Zweite Runde in Skopje

Nordmazedonien wählt am 5. Mai neuen Präsidenten

Skopje. In Nordmazedonien wird eine Stichwahl am 5. Mai über den künftigen Präsidenten entschieden. Bei der ersten Wahlrunde am Sonntag konnte kein Kandidat die absolute Mehrheit erzielen. Vorn landeten der Kandidat der regierenden Sozialdemokraten, Stevo Pendarovski, und die von der rechtskonservativen Opposition unterstützte Gordana Siljanovska-Davkova. Beide kommen nach Auszählung fast aller Stimmen auf zwischen 42 und 43 Prozent.

Der Vertreter der albanischen Minderheit, Blerim Reka, erhielt rund elf Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei sehr niedrigen 41 Prozent. Das ist auch mit Blick auf die zweite Wahlrunde wichtig: Die Wahl ist nur bei einer Beteiligung von mindestens 40 Prozent gültig.

Gut zwei Monate nach der Umbenennung in Nordmazedonien waren die Einwohner des Balkanstaats zur Stimmabgabe aufgerufen. Staatschef Gjorge Ivanov durfte nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. Das Präsidentenamt in Nordmazedonien hat vor allem repräsentative Bedeutung.

Mazedonien hatte sich Mitte Februar in Nordmazedonien umbenannt. Damit wurde ein Schlussstrich gezogen unter einen jahrzehntelangen Namensstreit mit dem Nachbarn Griechenland. Der Konflikt reicht ins Jahr 1991 zurück, als die ehemalige jugoslawische Teilrepublik ihre Unabhängigkeit erklärte und für sich den Namen Mazedonien wählte. *AFP/nd*